

STADT GRÜNBERG

Vorlage Magistrat MAG

Drucksache VL-130/2015

- öffentlich -

Datum: 22.06.2015

Aktenzeichen	
Federführender Fachbereich	Innere Verwaltung
Bearbeiter/in	Frank Ide

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	29.06.2015	beschließend
Haupt - und Finanzausschuss	07.07.2015	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	09.07.2015	beschließend

Zu beteiligen:

<input type="checkbox"/>	Ortsbeirat
<input type="checkbox"/>	Ortslandwirt
<input type="checkbox"/>	Jagdgenossenschaft
<input type="checkbox"/>	Personalrat
<input type="checkbox"/>	Frauenbeauftragte
<input type="checkbox"/>	Kinder- und Jugendbeirat
<input type="checkbox"/>	Seniorenbeirat

Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Cybersicherheit Teilnahme am IKZ-Pilotprojekt „Cybersicherheit in öffentlichen Verwaltungen am Beispiel der Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf mit Kreiskommunen“

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Teilnahme am IKZ-Pilotprojekt „Cybersicherheit in öffentlichen Verwaltungen am Beispiel der Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf mit Kreiskommunen“ unter der Voraussetzung, dass das Projekt durch das Land Hessen entsprechend gefördert wird.
2. Zur Umsetzung des Projektes wird der Magistrat ermächtigt, mit den Landkreisen Gießen und Marburg-Biedenkopf sowie den teilnehmenden Kommunen eine entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Entwurfes zu schließen.

Begründung:

Modernes Verwaltungshandeln ist heute ohne elektronische Kommunikationsmedien und IT-Verfahren undenkbar. Mit deren Nutzung ist auch immer die Frage nach einer angemessenen Sicherheit von IT-Infrastrukturen und – Verfahren der öffentlichen Verwaltungen zum Schutz der erhaltenen und übertragenen Daten verbunden (vergl. Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung, Koordinierungsgruppe „Informationssicherheit des IT-PLR“). Hinzu kommt die wachsende Vernetzung zwischen den föderalen Ebenen von Bund und Land sowie auch der Kommunen und Landkreise.

Die unbedingte Gewährung der Datensicherheit der übertragenen und überlassenen Daten der Bürger und Bürgerinnen verlangt einen Mindeststandard an Sicherheit, noch besser einen einvernehmlichen Standard von Datensicherheit.

Dieser einvernehmliche Standard auf hohem fachlichem Niveau muss und sollte – gerade im Hinblick auf die knappen Ressourcen der Kommunen - unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit erfolgen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass das hierfür notwendige Know-how nicht in jeder Kommune vorgehalten werden kann. Gerade kleinere Gemeinden sind damit oft überfordert. Insofern bietet sich der Bereich der „IT-Sicherheit“ für eine interkommunale Zusammenarbeit an. Diese Zusammenarbeit sollte einen einheitlichen Standard an Datensicherheit berücksichtigen und eine fachliche Begleitung erhalten.

Diese Erkenntnisse und der Wille, sich zu diesem Thema kooperativ aufzustellen, haben zu Gesprächen zwischen den Landkreisen Gießen und Marburg-Biedenkopf unter Beteiligung der Sprecher der Bürgermeister beider Landkreise geführt. Das Ergebnis dieser Gespräche ist die Entscheidung, ein gemeinsames Projekt zu initiieren und einen Förderantrag beim Kompetenzzentrum „Interkommunale Zusammenarbeit“ zu stellen. Voraussetzung für die Durchführung des auf 5 Jahre angelegten Projektes ist eine entsprechende Förderung durch das Land Hessen.

Nähere Details zu den Aufgabenstellungen und den Beziehungen zwischen den teilnehmenden Kommunen sind der im Entwurf beigefügten Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (Anlage) zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Finanzierung des Pilotprojektes erfolgt sowohl aus Eigenmitteln der Landkreise, Kostenerstattungen der teilnehmenden Kommunen als auch durch Inanspruchnahme einer IKZ-Förderung des Landes Hessen. Von Seiten des Landes Hessen wurde für die gesamte 5-jährige Projektlaufzeit eine Förderung in Höhe von ca. 250.000 € in Aussicht gestellt; diese Förderung ist auch Grundlage der durchgeführten Kostenkalkulation. Nach Abzug dieser Förderung verbleiben von den geplanten Projektkosten von jährlich ca. 80.000 € noch ca. 30.000 €, die zunächst je zur Hälfte (15.000 €) von den Landkreisen Gießen und Marburg-Biedenkopf zu tragen sind. Danach beteiligen sich die teilnehmenden Kommunen mit einer monatlichen Pauschale von max. 276,-- €.

Anlage(n):

- (1) Öffentlich-rechtliche Vereinbarung "Cypersicherheit"
- (2) Kostendarlegung Pilotprojekt "Cypersicherheit"

Unterschriften:

Frank Ide
Bürgermeister

Bearbeiter